

Essay – Zur Lage der BRD oder Wer oder was ist die BRD

Die BRD sei ein demokratischer und sozialer Rechtsstaat, so wird uns durch unsere Schulbildung glaubhaft gemacht. Wenn wir jedoch in die Nachkriegsgeschichte schauen, stoßen wir auf ein grundlegendes Urteil, das bis in die heutige Zeit Auswirkungen hat bzw. hätte.

Das französische Tribunal général du Gouvernement militaire de la zone française d'occupation en Allemagne (GMZFOA) mit Sitz in Rastatt bei Baden-Baden (als damals oberstes Gericht für alle Zivilsachen in Baden) zog das Tillessen-Verfahren im Jahr 1946 an sich. Grundlage dieses Verfahrens war die Auswertung eines Gerichtsurteils und die damit verbundene entscheidende Frage, ob die "Straffreiheitsverordnung" vom 21. März 1933 auch nach 1945 über Rechtsgültigkeit verfügte.

Bemerkenswert war die im Hinblick auf die Rechtsgültigkeit der StrFVO im Urteil getroffene und dort „für alle deutschen Gerichte und Verwaltungsinstanzen“ bindende Feststellung des Gerichts, „dass die Wahl zum Reichstag vom 5. März 1933 unter Umständen zustande gekommen ist, die eine offenkundige, von der Regierung begangene Gesetzeswidrigkeit und Gewaltanwendung darstellten, dass das sogenannte Ermächtigungsgesetz vom 23. [tatsächlich: 24.] März 1933 entgegen der Behauptung, dass es der Verfassung entspreche, in Wirklichkeit von einem Parlament erlassen worden ist, das infolge Ausschlusses von 82 ordnungsgemäß gewählten Abgeordneten eine gesetzwidrige Zusammensetzung hatte und dass es durch die Vereinigung aller Vollmachten in der Hand von Hitler alle wesentlichen Voraussetzungen einer ordnungsgemäßen und normalen Rechtsgrundsätzen entsprechenden Regierung verletzt“ und „dass die Regierung Hitlers weder vor noch nach dem 21. März 1933 sich auf ein Vertrauensvotum eines ordnungsgemäß zusammengesetzten Parlaments gestützt hat, ein Erfordernis, das von der damals geltenden Verfassung vom 11. August 1919 aufgestellt war.“

Kurz und knapp dargestellt gilt seit diesem Tribunal die Verpflichtung alle von Adolf Hitler und seiner Regierungen erlassenen Gesetze und Verordnungen abzuschaffen, nicht mehr anzuwenden, weil sie aufgrund eines Rechtsbruches zustande kamen.

Doch was macht die BRD-Verwaltung und Juristerei statt dessen? Sie führt die von Hitler erlassene Staatsbürgerschaft „Deutscher“ - jetzt „Deutsch“ weiter und verordnet diese allen Personalausweis- und Reisepassbesitzern. Doch nicht nur das. Alle von der Nazi-Diktatur erlassenen Gesetze und Verordnungen werden weiterhin zur Anwendung gebracht. Die BRD hat rechtswidrig das System der Nazi-Diktatur weitergeführt und führt dieses System nicht nur weiter, sondern hat es bis zur Perfektion in ein absolutes Kontroll- und Überwachungssystem ausgebaut. Alles im Sinne des diktatorischen Faschismus, wie er von den sogenannten Nazis grundgelegt wurde. Das Gebot der „Entnazifizierung“ wurde nicht umgesetzt.

Ebenso ist die in der Schulbildung bekannt gemachte Gewaltenteilung eine Illusion. In der BRD gibt es keine Gewaltenteilung. Die Judikative ist der Exekutive unterstellt, was konkret bedeutet, daß die Staatsanwaltschaften weisungsgebunden sind. Wenn ein Regierungsmitglied (Minister) an die Staatsanwaltschaft die Weisung gibt, in dieser Sache bzw. gegen diesen Verbrecher wird nicht ermittelt, dann wird nicht ermittelt. Andererseits ist es so, daß es Weisungen gibt die besagen, daß gegen diesen „Reichsbürger“, „Coronaleugner“ oder „Andersdenkenden“ besonders krass ermittelt

werden soll. Dann kommt es zum Teil durchaus zu Beweismittel- und Urkundenfälschungen, um weisungsgemäß ein hartes Urteil zu erwirken.

Selbst die Unabhängigkeit der Richter ist eine Illusion, denn die Regierung / der Minister entscheidet über die Karriereleiter der Richter und wer die „falschen Urteile“ spricht, wird eben nicht befördert sondern versetzt.

Die BRD ist kein Rechtsstaat. Das ist international offenkundig und deswegen darf sie keine internationalen Haftbefehle mehr ausstellen. (Quelle: <https://www.dw.com/de/eugh-deutsche-staatsanw%C3%A4lte-d%C3%BCrfen-keinen-europ%C3%A4ischen-haftbefehl-ausstellen/a-48897628>)

Und wie ist es um die Souveränität der BRD gestellt? Dies will man nicht wahrhaben und nicht offenkundig werden lassen, doch mit den Worten von Schäuble (als Finanzminister) ausgedrückt, ist die BRD seit 1945 noch niemals vollkommen souverän gewesen. So wie es eine Scheinschwangerschaft gibt, gibt es auch eine Scheinsouveränität, doch gibt es keine Teilschwangerschaft und ebenso keine Teilsouveränität. Statt dessen ist die BRD ein vereinigt Wirtschaftsgebiet, das für die Stationierung fremder Truppen auf deutschem Boden sowie Reparationszahlungen zu zahlen hat. Dabei gilt: GG Art 133: Der Bund tritt in die Rechte und Pflichten der Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes ein.

Da so manches im Hintergrund in Geheimabkommen geregelt ist, kann nicht genau wieder gegeben werden welche Einschränkungen vorhanden sind. Doch unseres Wissens nach kann es kein Bundeswehrosoldat in den Rang eines Oberst bringen ohne dass ein zuständiger US-Militär dem zustimmt. Ebenso, so heißt es zumindest, muss jeder neu gewählte Bundeskanzler als erstes zum Antrittsbesuch beim US-Präsidenten erscheinen um dort die mutmaßliche Kanzlerakte zu unterzeichnen.

Mittlerweile ist es eh so, dass die meisten neuen Gesetze in der EU-Kommission gemacht werden und in den jeweiligen Mitgliedsländern entsprechend umgesetzt werden müssen. Die Teilbereiche, in denen die BRD eigenständige Entscheidungen treffen konnte, wurden und werden mehr und mehr auf die EU übertragen. Damit gibt die BRD mehr und mehr Rechte an Nicht-Regierungsorganisationen ab. Hierzu zählen außer der EU die UNO, WHO und NATO.

Kurz zusammengefasst: die BRD ist kein souveräner Staat, sondern die Verwaltung des vereinigt Wirtschaftsgebietes auf dem teildentschen Grund und Boden des Deutschen Reiches (Stand 1937). Die BRD hat kein eigenes Staatsgebiet, keine eigenen Staatsangehörigen sondern die Aufgabe das Wirtschaftsgebiet gemäß Grundgesetz zu verwalten und soll dabei den Nutzen des deutschen Volkes mehren. Für wen muss man sich anschauen in dem man der Spur des Geldes folgt. Hierzu hilft die Frage: wohin fließen die ganzen Zinszahlungen die Bund, Länder und Kommunen zu zahlen haben? - Kurze Antwort: Auf die Konten der global agierenden Bankster und Vermögensverwalter. Und der Bürge (Bürger) = Steuerzahler bezahlt und muss zum Teil auf Steuern die in Waren enthalten sind nochmals Steuern zahlen.

Die Macht des Volkes ist ausgegangen. Aber dies ist wiederum eine andere Geschichte.

© karl-heinz aus der Familie peter – Juli 2022